

handenen Zustandes soll ich nun der Verbrecher sein, der das Reichsamt des Innern, das Kriegsernährungsamt und die verschiedenen Reichsstellen an Maßnahmen gehindert hat, die im Interesse der Verbraucher sich als notwendig ergeben haben. Das ist keineswegs der Fall. Wieweit meine Kompetenzen noch gehen, möge die bisher unwiderprochen gebliebene Zeitungsnachricht beweisen, wonach im Regierungsbezirk Trier für die Kartoffeln bereits der Anbauzwang eingeführt sein soll. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Ich bin als Landwirtschaftsminister für Preußen hiernach nicht gefragt worden (Stürmisches Hört, hört! rechts und im Zentrum), und ich habe mich genötigt gesehen, mich an den Regierungspräsidenten in Trier mit der Frage zu wenden, ob die Nachricht richtig und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. (Sehr gut! rechts und im Zentrum. — Zurufe im Zentrum: Sie ist richtig!) Ich mußte das erwähnen, um dem albernen Märchen entgegenzutreten, daß ich derjenige bin, der Maßnahmen von Reichsressorts unmöglich macht. (Sehr gut! rechts.) Auf die Angriffe des Abg. Scheidemann im Reichstage hat der Reichszentraler zu meiner Befriedigung sofort geantwortet, und ich tröste mich mit der Erwägung, daß glücklicherweise, wenigstens gegenwärtig noch,

der Deutsche Reichstag nicht in der Lage

ist, preußische Staatsminister zu berufen oder abzusehen. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts und im Ztr.) Ich kann dem Abg. Scheidemann von dieser Stelle aus versichern, daß ich auf meinem Platze ausharren werde (Stürmischer Beifall rechts und im Ztr.), nicht solange es mir beliebt, sondern solange mir der Wille meines Königs und das Vertrauen der Landwirtschaft das Verbleiben ermöglichen. (Erneuter stürmischer Beifall rechts und im Ztr.)

Einen Beweis für den weitgehenden Einfluß und die engen Beziehungen zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reich bildet die Eingabe der deutschen Gewerkschaften an den Reichszentraler und das Kriegsernährungsamt. Sie ist datiert vom 21. Februar und ist am 23. Februar in die Hände des Reichszentralers und des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gelangt. Ich habe von dieser Eingabe gestern durch die Nummer des „Vorwärts“ vom 4. März Kenntnis erhalten. (Stürmisches Hört, hört! rechts und im Zentrum. — Bewegung.) Diese Eingabe ist die Fortsetzung von Behauptungen, die ich kürzlich bereits mehr oder weniger ausführlich in der „Vossischen Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“, dem „Berliner Tageblatt“ und natürlich in den sozialdemokratischen Blättern lesen konnte. Ich würdige die schwere und schwierige Lage, in der sich die Bewohner der großen Städte und vor allem die industriellen Arbeiter befinden. Ich habe das nie verkannt und vertenne das auch heute nicht, und ich kann ehrlich versichern, daß alle Bemühungen meiner Verwaltung nicht in erster Linie die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger und deren privatrechtlichen Ansprüche, sondern die Interessen der Verbraucher und den Gesichtspunkt im Auge gehabt haben, wie die Lage der Arbeiter und der Städter gebessert und wie ihnen mehr und dauernd Nahrungsmittel und Lebensmittel zugeführt werden können. (Zustimmung rechts und im Ztr.) Wenn ich von diesem Gesichtspunkt auch die Klagen verstehe, die in der Eingabe der Gewerkschaften zum Ausdruck kommen, so kann ich es nicht für gerechtfertigt halten, daß sich diese Klagen zu einer

Anklage gegen mein Ressort und meine Person,

gegen die Regierung, die Wohlhabenden und die Landwirte verichten. Die Eingabe verkennt ganz die eigentlichen Gründe, weshalb wir in diese schwierige Lage geraten sind: die Wirkung des Kriegszustandes, die Schwierigkeiten, unter denen die landwirtschaftlichen Erzeuger arbeiten, und vor allem die bedenkliche Situation, in die uns der teilweise gelungene Auslieferungungsplan Englands und seiner Verbündeten gebracht hat. Es hätte mich als Vaterlandsfreund und Wahrheitsfreund viel sympathischer berührt, wenn die Gewerkschaften auf diese Ursachen unserer gegenwärtigen Lage hingewiesen und davon Abstand genommen hätten, die Landwirtschaft zu verdächtigen und für Dinge verantwortlich zu machen, an denen ganz andere Ursachen schuld sind. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Wie recht ich habe, beweisen die Ausführungen in der Eingabe über die Kartoffelversorgung. Sie spricht von einer Einschränkung der Anbaufläche und von einer schlechten Bewirtschaftung. Diese Darstellung der Eingabe über die Gründe unserer Kartoffelnot ist ungetrübter durch jede Sachkenntnis und jede Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. (Sehr richtig! rechts.) Die Anbaufläche ist 1916 im Vergleich zu 1915 um über 20 000 Hektar gestiegen. (Hört, hört! rechts.) Was die schlechte Bewirtschaftung anlangt, so hätte jeder Landwirt dem Verfasser der Eingabe sagen können, worauf die schlechte Kartoffelernte zurückzuführen ist. Wenn man aber den Landwirten den Vorwurf schlechter Bewirtschaftung macht, deren größter Teil im Schützengraben steht, während die Frau daheim mit Befangenem und oft ohne jede andere Hilfe sich bemüht, den Acker zu bestellen, so ist das nicht allein unverständlich, sondern auch sehr bedauerlich. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Eingabe fordert weiter Abstandnahme von jeder Herabsetzung der Kartoffelration, wendet sich gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln und sagt, daß so bald als irgend möglich eine Bestandesaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und ein Fütterungsverbot von Kartoffeln für Schweine erlassen wird. (Lachen rechts.) Der Verfasser scheint gar nicht zu wissen, daß eine Bestandesaufnahme für den 1. März bereits seit Wochen angedeutet war, und daß ein vollständiges Fütterungsverbot für Kartoffeln seit dem 24. Oktober 1916 besteht. (Zustimmung.) Aber er tut so, als wenn er erst die Regierung auf diese Dinge bringen müßte. Ich kann für diese Eingabe keine andere Bezeichnung finden als den harten Ausdruck, daß ich es ehrlich und tief bedauere, daß die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sich dazu haben verleiten lassen,

ein solches Nachwort

(Lebhafte Zustimmung rechts) mit zu unterzeichnen, das in seinen Erfolgen nicht das Ziel erreichen kann, das ich dem Verfasser bona fide zubillige, nämlich eine Besserung der gegenwärtigen Zustände, sondern das verheerend wirken muß in der Stimmung zwischen Stadt und Land. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich bin der festen Überzeugung, daß wenn man diese Eingabe auf dem Lande verbreiten würde, die Landwirte erkaunt und ersäret sein würden über die Unkenntnis, mit der die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande durch Vertreter der Verbraucher und Arbeiter beurteilt werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Eingabe behauptet weiter, ich hätte den Städten verboten, mit den Mastorganisationsverträge abzuschließen. Ich kann den Städten etwas Derartiges überhaupt nicht verbieten und habe es auch nie getan. (Hört, hört! rechts.) Die Bemerkung wird hervorgerufen sein durch einen Schriftwechsel meines Ressorts mit der Stadt Berlin über die Frage, ob der Mastvertrag mit den Mastorganisationsverträgen weiter zur Ausführung kommen könne. Das Landesfleischamt hatte nämlich erklärt, daß die Fortführung in der bisherigen Weise nicht möglich wäre. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, daß trotz der entstandenen Schwierigkeiten Berlin in der Lage geblieben ist, seine Mastverträge mit den pommerischen Mastorganisationsverträgen zur Ausführung zu bringen, selbstverständlich unter dem Vorbehalt, daß die ihm von den Mastorganisationsverträgen gestellten Stücke auf die übrigen Fleischlieferungen angerechnet werden. Wie wenig ich städtischen Wünschen und Ansprüchen gegenüber feindselig aufgetreten bin, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß ich der Stadt

Tagliche Landtasche 7. III. 1917 93 20

Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus.

Der Standpunkt der Agrarier kommt heute bei der Beratung der landwirtschaftlichen Verwaltung mit aller Schärfe zum Ausdruck. Herr v. Kardorff eröffnet den Reigen. Er ist deutlich: Wenn der Kartoffelpreis von 4 auf 8 M. stiege, dann wären Kartoffeln, wenn der Butterpreis stiege, dann wäre Butter in Hülle und Fülle da. Die Blöße dieser Stellungnahme scheint der Redner nicht zu empfinden. Gesteht er doch damit zu, daß an der Knappheit der Lebensmittel nicht die Unmöglichkeit der Erzeugung, sondern nur die Preisfestsetzung schuld sei.

Heute ist der Landwirtschaftsminister anwesend. Er hält die schon gestern erwartete Rede. Natürlich weist er zunächst die Angriffe gegen seine Person und sein Amt mit allgemeinen Wendungen zurück, aber er klagt zugleich, daß sein Einfluß durch die vielen Kriegsorganisationen geschwächt sei und ihm der nötige Ueberblick bereits unmöglich wäre. Er werde oftmals gar nicht mehr gefragt. Mit Stolz und Befriedigung stellt der Minister die Unfähigkeit des Deutschen Reichstages fest, preußische Minister abzusehen. Beseidigt fühlt sich der Minister durch den Umstand, daß ihm die Kundgebung der Gewerkschaften zur Ernährungsfrage nicht direkt, wie den anderen Ämtern, zugestellt worden ist. Die Kundgebung selbst hält er für ein Verbrechen, das unabsehbare Folgen durch Erregung ungerechtfertigter Erbitterung haben könne. Wir hören ferner aus dem Munde des Ministers das herbe Wort von dem „teilweisen Gelingen“ der englischen Hungerungspläne. Der Minister setzt sich dann mit den gestrigen Ausführungen des Sozialdemokraten Brown auseinander, und es folgen schließlich Aufklärungen und Richtigstellungen über allerlei einzelne Vorurteile und Gebiete.

Eine hochbedeutende Rede von großer politischer Tragweite, die sich bei aller Vorsicht doch bedingt gegen den Landwirtschaftsminister richtete, hielt der neue preußische Staatskommissar für Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michaelis. Er nimmt die verbrecherische Verfühlung von Brotgetreide als erwiesen an. Da werde er fest zuzufassen, da ihm das Amt der Exekutive auf diesem Gebiet zustehe. Kein Minister droht irgendein Ressort ohne ihm hierin Widerstand leisten. Weitere kräftige Worte fallen: „Ich werde ein Schwert nur gebrauchen, wenn es scharf ist. Wer will mir in den Arm fallen?“ Sachlich droht der Staatskommissar mit Zwangsmahregeln bis zur zwangsweisen Entziehung der Selbstbewirtschaftung. Die energische und programmatische Rede des Staatskommissars findet lebhaften Widerhall im Hause. Als aber der Abg. Hoffmann verlangt, daß im Protokoll „Stürmischer Beifall“ stehen müsse, erhebt sich heftiger Widerspruch auf der rechten Seite des Hauses.

Nach dem Staatskommissar spricht der Sozialdemokrat Hofer, der Renommiergutsbesitzer seiner Partei, in ruhiger Weise über landwirtschaftliche Einzelfragen.

75. Sitzung. Mittwoch, 7. März.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Präsident Graf Schwerin-Böwisch eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Meyer-Frankfurt den Wortlaut seiner neulichen Ausführungen über den Kohlenmangel fest.

Hierauf wird die Beratung des

Stabs der landwirtschaftlichen Verwaltung

fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Darüber, daß große Knappheit an Lebensmitteln herrscht, sind wir einig, nicht aber über die Ursachen. Es bestehen sozial Kriegsorganisationen, daß man von Pontius zu Pilatus geschickt wird. An den leitenden Stellen glaubt man, daß man alles organisieren könne. Bei der Kartoffel treten die Fehler besonders in die Erscheinung. Trotz der Ernte von 52 Millionen Tonnen 1915 hatten wir vom Oktober 1915 bis Juli 1916 in den Städten und in den Industriezentren eine chronische Kartoffelnot. Man mußte an das Saatgut herangehen. Damit wurde die jetzige schlechte Ernte verschuldet. Der Preis von 2,50 M. war eben unzureichend. Man hat daraus nichts gelernt. (Sehr richtig.) In diesem Jahr haben wir dieselben Verhältnisse. Man erhöhe den Kartoffelpreis von 4 auf 8 M., dann wird das Unmögliche möglich. (Hört, hört! links.) Der Fehler liegt im System. Mit Zwangsforderungen erreicht man nichts. Der Landrat kann die Erzeuger nicht an die Stippe legen, wie der Fabrikbesitzer seine Arbeiter. Man kann das Wirtschaftsleben nicht jahrelang auf der Selbstlosigkeit aufbauen, sondern nur auf den Vorteil, in jedem Menschen steckt ein Stück Egoismus. Man hat durch schöne Worte und Ber-

sprechung billiger Preise die dauernde Not in den Städten organisiert, hat gegen die ländliche Bevölkerung gehandelt, aber keine Lebensmittel beschafft. Die Arbeiter würden gern hohe Preise zahlen, wenn sie jetzt etwas hätten. Der Wucher mit der Konservenbüchse spotet jeder Beschreibung. Die Lebensmittel, an denen die Landwirtschaft nichts verdient, sind es gerade, die am schlimmsten gestiegen sind. Das Gutachten der Professoren läßt bereits auf eine gewisse Einschränkung der Produktion und auf Umkehr hoffen. Meinem Kreise ist eine so große Heutlieferung abgefordert worden, daß ich erschrocken bin; dann las ich, daß General Owen erklärte, er könne sich gar nicht lassen vor dem vielen Heu, das ihm angeboten werde. Vor einer Inangriffnahme des Saatgutes kann nicht dringend genug gewarnt werden. Wenn man sich zu einer Erhöhung des Butterpreises entschließt, wird man Butter genug haben! Die Herabsetzung der Viehpreise bedauern wir. Der Milchpreis ist auch heute noch billig. Der Abg. Lippmann hat aus dem Ansehen der Güterpreise geschlossen, daß es der Landwirtschaft gut gehe. Das ist ein Trugschluß. Daraus kann man höchstens folgern, daß es anderen Leuten sehr gut geht, die gern Rittergutsbesitzer werden wollen. Von der Landwirtschaft hat der Abg. Scheidemann, der ja glauben mag, mit seiner Politik die Interessen der hinter ihm stehenden Kreise zu vertreten, gar keine Ahnung. Wenn seine Politik befolgt würde, dann wären wir nicht einmal in der Lage, seine Kriegsziele zu erreichen. Dann ist es mit dem „Jeder trage seine eigene Last“ zu Ende, dann müssen wir selbst die Last der anderen tragen, und dann wäre Scheidemann der Totengräber deutscher Macht und Würde. (Zurufe links.) Wir vertreten die Interessen der Arbeiter besser; auch wir wissen, daß ohne den deutschen Arbeiter der Krieg nicht zu gewinnen ist. Wir arbeiten mit unserer Ernährungspolitik für ihn, Sie (nach links) geben ihm Versprechungen, leere Worte und Bitterkeit; wenn man unsere Politik befolgt hätte, würde der Arbeiter Lebensmittel haben. Die Zahl derer, die jetzt nicht das Geld haben, um sich Kartoffeln zu kaufen, ist gering. (Widerpruch links.) Wenn das Militär heute ausreichend versorgt ist, so ist das ein Verdienst des Landwirtschaftsministers. Gegen einen Fehler ist er nicht durchgedrungen. Hoffentlich machen unsere Verhandlungen einen ernsten Eindruck auf die gesamte Staatsregierung. Hoffentlich werden auch die Widerstände, die der Landwirtschaftsminister — es ist ja bekannt — beim Reichsamt des Innern und beim Kriegsernährungsamt gefunden hat, beseitigt. (Beifall rechts.) Diese Instanzen und vor allen Dingen der neu ernannte Staatskommissar mögen sich in allen Fällen des sachverständigen Rates der landwirtschaftlichen Verwaltung bedienen. (Beifall rechts.) Damit vertreten wir keine agrarischen Sonderinteressen, sondern die großen gemeinsamen Interessen des Landes. Es handelt sich nicht um die deutsche Gegenwart, sondern um die ganze deutsche Zukunft. Um den Aufbau eines größeren und neuen Deutschlands. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer:

Die Aussprache in diesem Hause hat sich ausnahmslos in ruhiger und sachlicher Bahnen bewegt, und eine solche Aussprache kann nur förderlich sein. Ich danke den Vorrednern auch für das meiner Amtsführung ausgesprochene Vertrauen und benutze diese erste Gelegenheit, um die in aller Deffentlichkeit gegen mein Ressort und gegen meine Person gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Die fortgesetzten Angriffe gegen die landwirtschaftliche Verwaltung in Preußen müssen, wenn sie unwiderprochen in das Land hineingehen, nicht nur ein falsches Bild von der Tätigkeit meines Ministeriums, sondern auch von der Tätigkeit der preußischen Landwirtschaft im Kriege überhaupt geben. Deshalb sind diese Vorwürfe nicht nur bedauerlich, sondern geradezu verhängnisvoll. (Sehr richtig!) Die Kreise, von denen diese Angriffe und Vorwürfe ausgehen, übersehen vollständig, wieweit sich der Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers gegenwärtig noch erstreckt. Ich soll nicht nur das Reichsamt des Innern, sondern auch das Kriegsernährungsamt völlig meinem Willen unterworfen, und ich soll bei meiner Tätigkeit die Interessen der Konsumenten völlig außer acht gelassen haben. Die zahlreichen Kriegsorganisationen, die das „Berliner Tageblatt“ in den letzten Tagen ja in so übersichtlicher Weise zusammengestellt hat, haben den Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers, seine Mitwirkung bei zahlreichen Maßnahmen nicht allein auf dem Gebiete der Volksernährung, sondern auch auf dem Gebiete der Erzeugung in weitestem Maße abgeschwächt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich kann, ohne zu übertreiben, versichern, daß die Dinge gegenwärtig schon so weit gediehen sind, daß mir der nötige Ueberblick über unsere gesamte wirtschaftliche Lage und die Prüfung der Frage, wieweit die Erzeugung auf die Bedürfnisse der Konsumenten einzustellen ist, sehr erschwert, wenn nicht geradezu unmöglich gemacht ist. (Stürmisches Hört, hört! rechts.) Angesichts dieses tatsächlichen vor-